

N I E D E R S C H R I F T

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 01. November 2013, 16:30 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.**

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Dr. Seemann, Sell, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk,
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stötzel, Vaupel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Flohrschütz, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz,
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske,
FDP:	Sawalies, Schartner,
MBL:	Becker,
BFM	Suntheim-Pichler,
Piratenpartei	Dr. Weber,

Hauptamtlicher Magistrat:

Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadtrat Ludwig
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe.
Stadtrat Sprywald

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher, Seelig, Severin (SPD), Stompfe (CDU), Dorn, Dr. Lindemann (B90/Die Grünen), Dr. Uchtmann (MBL), Oberbürgermeister Vaupel, Stadtrat Biver, Stadtrat Stürmer

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD, eröffnet die Sitzung um 16:40 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen die Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher entschuldigt den erkrankten Oberbürgermeister. Eine Grußadresse mit Genesungswünschen des gesamten Hauses wird im Laufe der Sitzung erstellt und dem Oberbürgermeister übermittelt.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. September 2013 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zum Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgefertigten Fassung als genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Der Stadtverordnetenvorsteher weist daraufhin, dass für die heutige Tagesordnung **2 dringliche Anträge** vorliegen und erläutert das Verfahren gem. § 58 Ziff. 2 der Hessischen Gemeindeordnung. Die dringlichen Anträge liegen auf den Plätzen der Stadtverordneten aus.

**Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Piratenpartei betr. Stabilisierung und Ausbau des Marburger Universitätsklinikums
VO/2751/2013**

Die Dringlichkeit wird begründet durch die Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen.

Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Anerkennung der Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Somit fügt der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag als TOP 12.1 in die Tagesordnung ein und wird ihn entsprechend zur Beratung aufrufen.

Der Stadtverordnete Köster, Fraktion Marburger Linke, erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag beitrifft. Ferner soll bei Ziffer 1. der Antragsformulierung das Wort „**seriös**“ ausgetauscht werden gegen „**ernsthaft**“.

Der Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

**Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Völlige Überlastung des ÖPNV
VO/2752/2013**

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Köster, Fraktion Marburger Linke. Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Anerkennung der Dringlichkeit wird formal aus der SPD-Fraktion gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Die von der HGO geforderte 2/3 Mehrheit des Hauses wird jedoch nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin zur Tagesordnung:

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt weiterhin einen Überblick über die gesamte Tagesordnung, die Veränderungen und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen.

Der Stadtverordnete Dr. Weber, Piratenpartei, stellt den Antrag seiner Fraktion **TOP 13.7 – Kostenloses WLAN in Marburger Bussen** zurück bis zur Sitzung am 29. November.

Die Stadtverordnete Suntheim-Pichler, Bürger für Marburg, stellt den Antrag der BfM **TOP 13.9 – Einrichtung eines Runden Tisches „Parkraum Marburg“** zurück bis zur Sitzung im Januar 2014. Der Antrag soll noch im Bau- und Planungsausschuss beraten werden.

Weitere Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

Die Tagesordnung wird in der abgeänderten Fassung genehmigt.

Glückwünsche:

Der Stadtverordnete Heck, CDU-Fraktion, ist in der Nachfolge des Stadtverordneten Stötzel in die Position des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers nachgerückt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt dies in seiner Eigenschaft als Wahlleiter für die von der STVV durchzuführenden Wahlen bekannt und gratuliert dem Stadtverordneten Heck mit einem Blumenstrauß.

Weiterhin hat der Stadtverordnete Muth, CDU-Fraktion, heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher und Bürgermeister Dr. Kahle gratulieren im Namen des Hauses und überreichen einen Blumenstrauß.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 01/01.11.2013) Vorlage: VO/2729/2013**

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat - vor dem Hintergrund der Instrumentalisierung des Marburger Marktfrühschoppens als Veranstaltung sowie dem Markt- und Rathausplatz als zentralen Platz unserer Stadt Marburg durch rechtsextreme Burschenschaften - darüber, ob der Verein oder die Leitung des Festes bei der diesjährigen Durchführung des Marktfrühschoppens versucht haben, seinen so angenommenen Willen, eine Nicht-Teilnahme der rechtsextremen Burschenschaften auch inhaltlich zur Geltung zu verhelfen? Haben Vertreter des Vereins oder der Organisation des Festes nach Ankunft der Rheinfranken irgendetwas unternommen, um diese freiwillig wieder zum Verlassen des Festplatzes zu bewegen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Dem Magistrat hat keine Kenntnis über das Verhalten des Marktfrühschoppenvereins als Veranstalter. Für die inhaltliche Ausgestaltung des Festes ist der Veranstalter zuständig. Wir werden dem Veranstalter die Anfrage zukommen lassen und um Stellungnahme bitten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sollwedel, B90/Die Grünen, und Schalauske, Marburger Linke, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel
(Nr. 02/01.11.2013)
Vorlage: VO/2730/2013**

Kann der Magistrat dafür sorgen, dass die Bushaltestelle „Hauptbahnhof“ unter der Brücke der B3a mit einem Hochdruckreiniger komplett gereinigt wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der DBM wird die Bushaltestelle „Hauptbahnhof“ im Rahmen seiner Möglichkeiten reinigen.

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel
(Nr. 03/01.11.2013)
Vorlage: VO/2731/2013**

Kann der Magistrat dafür sorgen, dass der Ortsbeirat Michelbach einen aktualisierten Winter- und Grünordnungsplan als PDF bekommt, wo alle Flächen aufgelistet sind, wo Winterdienst beziehungsweise Rasen-/Heckenschnitt durchgeführt wird (seitens der Stadt) und in welchem Intervall dies geschieht?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach.

Seitens des für die Beauftragung der Grünflächenunterhaltung zuständigen Fachdienstes 67 und seitens des DBM für den Winterdienst werden und wurden bereits in der Vergangenheit allen Ortsbeiräten diese Pläne auf Wunsch gerne zur Verfügung gestellt.

Die Pläne für Michelbach sind zwischenzeitlich sowohl im Original als auch per pdf-Dokument dem Ortsbeirat zugesandt worden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dehmel, SPD, wird ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

**zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo
(Nr. 04/01.11.2013)
Vorlage: VO/2732/2013**

Kann der Magistrat Auskunft geben zu welchem Ergebnis die Gespräche mit der Bahn AG bezüglich der Öffnungszeiten der Fahrkartenschalter bzw. des Reisezentrums im Marburger Hauptbahnhof geführt haben und ob die derzeitigen Öffnungszeiten werktags von 7:00 Uhr bis 17:00 Uhr , Samstags von 9:00 Uhr bis 14:45 Uhr und Sonntags geschlossen, erweitert werden sollen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Deutsche Bahn AG hat nochmals bekräftigt, dass eine Erweiterung der seit März 2013 geltenden Öffnungszeiten für das DB Reisezentrum in Marburg nicht beabsichtigt ist.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo, B90/Die Grünen, und Schalauske, Marburger Linke, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske
(Nr. 05/01.11.2013)
Vorlage: VO/2733/2013**

Viele Marburger/innen gehen im Herbst gern „in die Pilze“. In vielen Städten, wie etwa in Frankfurt, werden „Pilzberatungen“ angeboten. Hier begutachten Expert/innen die Funde und stehen Pilzfreund/innen mit Rat und Tat zur Seite. Welche Beratungsangebote in Marburg sind dem Magistrat bekannt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg bietet seit mehreren Jahren im Wintersemester einen Kurs „Pilze unserer Heimat - Kurs mit Exkursionen“ an, in dem Allgemeines zu Pilzen und im Speziellen Tipps zum Sammeln von Pilzen vermittelt werden.

Darüber hinausgehende Pilzberatungen sind nicht aktuell bekannt. Früher gab es die Möglichkeit, sich in der Adler-Apotheke, Elisabethstraße, beraten zu lassen. Diese Apotheke gibt es allerdings nicht mehr.

Um 17.11 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk, SPD, die Sitzungsleitung.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 06/01.11.2013)
Vorlage: VO/2734/2013**

Die Herrmannstraße ist in keinem guten Zustand. Bürgerinnen und Bürger bemängeln, dass die Reparaturen von Schlaglöchern z. T. so provisorisch geschehen, dass die geflickten Stellen bereits nach einigen Wochen wieder defekt sind.

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, welchen preislichen Unterschied es machen würde, anstelle der provisorischen Flicker eine durchgehende neue Decke aufzuziehen und warum dies nicht geschieht?

Bitte gehen Sie bei der Antwort davon aus, dass damit nicht die - sicher ebenfalls nötige - grundhafte Sanierung der Straße samt Unterbau, Kanal und Versorgungsleitungen etc. gemeint ist, sondern lediglich die großflächige Erneuerung der obersten Deckschicht.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der schlechte Zustand der Hermannstraße ist dem Fachdienst Tiefbau durch regelmäßige Straßenkontrolle bekannt.

Daher wurden bereits im Jahr 2011 großflächigere Sanierungsarbeiten ausgeführt. Auch in diesem Jahr sollen noch Reparaturen ausgeführt werden, um vorhandene Unfallgefahren zu beseitigen. Allenfalls kleinere, mit Kaltasphalt ausgebesserte Schlaglöcher, die kurzfristig repariert werden mussten, sind nach kurzer Dauer erneut reparaturbedürftig.

Eine Deckenerneuerung ist nicht sinnvoll. Die vorhandenen Schäden sind tieferliegend und nach einer Sanierung der Oberfläche würden sie nach kurzer Zeit wieder auftreten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell, SPD, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler
(Nr. 07/01.11.2013)
Vorlage: VO/2735/2013**

Kann von Seiten des Magistrates gegenüber den betreffenden Gastonomen in der Barfüßerstraße auf die Einhaltung der ihnen zugewiesenen Freisitzflächen hingewiesen werden, um die unbehinderte Durchfahrt ohne Zeitverzögerung von Rettungsfahrzeugen, Marktbeschickern und Bussen in diesem Bereich sicherzustellen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Freisitze werden regelmäßig von der Ordnungspolizei der Oberstadt wache kontrolliert und die Gastwirte werden auf die Einhaltung der Flächen hingewiesen. Die Feuerwehr führt regelmäßig Testfahrten in der Oberstadt durch.

An besonderen Engstellen sind Bodenhülsen für die Sonnenschirme eingelassen, damit diese nicht verrückt werden können.

Nicht auszuschließen ist, dass Gäste auf den Freisitzen manchmal die Stühle auf die Fahrbahn rücken. Die Stühle werden von den Gästen oder dem Gastwirt zurückgestellt, wenn es notwendig ist.

**zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler
(Nr. 08/01.11.2013)
Vorlage: VO/2736/2013**

Besteht die Möglichkeit - unabhängig von der geplanten Umgestaltung des Rudolphsplatzes - bei dem letzten noch nicht sanierten Teilstück der Universitätsstraße zwischen Gutenbergstraße und Rudolphsplatz wenigstens die Fahrbahn zu sanieren und eine für alle Verkehrsteilnehmer sinnvolle Fahrbahnmarkierung aufzubringen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Vom Fachdienst Tiefbau (FD 66) ist geplant ab dem Jahr 2015 die Weidenhäuser Brücke zu sanieren und den Rudolphsplatz in Teilbereichen umzubauen. Der Verkehr wird dann teilweise über die Universitätsstraße umgeleitet, was zu einer zunehmenden Verkehrsbelastung führt.

Eine Ausbesserung der o.g. Fahrbahndeckschicht (inkl. Fahrbahnmarkierung) ist vom FD 66 für das Jahr 2014 vorgesehen, um weitere Verkehrsbehinderungen ab dem Jahr 2015 zu verhindern.

Mittelfristig ist jedoch eine grundhafte Erneuerung des Teilstückes „Universitätsstraße“ zwischen der Gutenbergstraße und Rudolphsplatz erforderlich. Diese soll erst nach der Umgestaltung des Allianz-Hauses erfolgen.

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann
(Nr. 09/01.11.2013)
Vorlage: VO/2737/2013**

**Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu erteilen, wie hoch die
Erstellungs- und
Betriebskosten des Parkplatzes Pilgrimstein bis heute waren und
welche Einnahmen in dem gesamten Zeitraum erzielt wurden.**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Parkplatz auf dem Gelände der alten Brauerei wurde am 27.11.2009 eröffnet und musste aufgrund der anstehenden Bauarbeiten zur Errichtung des Deutschen Sprachatlas am 05.09.2013 teilweise wieder gesperrt werden. Eine Nutzung der verbliebenen Teilfläche mit ca. 40 Stellplätzen wird voraussichtlich bis Anfang Januar 2014 möglich sein.

Die Universitätsstadt Marburg hat zunächst die Abrisskosten für die alte Brauerei in Höhe von ca. 530.000,00 € übernommen und wird diese mit der Philipps-Universität abrechnen. Erstellungskosten sind bisher in Höhe von ca. 360.000,00 € und Betriebskosten in Höhe von ca. 240.000,00 € angefallen.

Von November 2009 bis September 2013 können dem Parkplatz alte Brauerei Einnahmen in Höhe von ca. 940.000,00 € ohne Umsatzsteuer zugeordnet werden.

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann
(Nr. 10/01.11.2013)
Vorlage: VO/2738/2013**

**Bevor das Marburger Schloss in weitergehende Pläne eingebunden
werden kann, müssen dort dringende und sehr kostenintensive
Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Sieht der Magistrat
Möglichkeiten, diese Arbeiten zu initiieren bzw. voranzutreiben?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach.

In zwei Spitzengesprächen zwischen Stadt und Philipps-Universitäten (29.9.2008 und 20.2.2011) sowie einem Stadtforum Schloss-Areal am 9.5.2012 war das Landgrafenschloss und sein Sanierungsbedarf im Bereich der Rentmeisterei (unter dem Renaissancegiebel/der Uhr) zentrales Thema. Dieser Sanierungsbedarf wurde auch dem Landeskonservator Prof. Dr. Weiß im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens Campus Firmanei bei einem Vor-Ort-Termin erläutert.

Die Stadt Marburg will das Land als Eigentümerin und die Philipps-Universität als Betreiberin des Schlosses für dieses Thema gewinnen. Dies geschieht auch im Rahmen des Prozesses, der durch die „Potenzialstudie Schloss-Areal - Museumslandschaft - Stadtgeschichte“ vorangetrieben wird - zuletzt durch einstimmigen Stadtparlamentsbeschluss am 27. September und das Stadtforum am 1. Oktober 2013.

Die Stadt Marburg sieht durch diesen mittel- bis langfristig angelegten Entwicklungsprozess in enger Abstimmung mit der Philipps-Universität die beste Möglichkeit, die Wichtigkeit dieser Aufgaben im Bereich Schlossentwicklung, Museumsentwicklung und Sanierungsbedarf deutlich zu machen und das Land für ein verstärktes Engagement zu gewinnen.

**zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal
(Nr. 11/01.11.2013)
Vorlage: VO/2739/2013**

In welchem Umfang erfüllt sich in Marburg der Anspruch auf einen Krippenplatz?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Seit dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch für Kinder ab dem 1. Geburtstag auf eine Betreuung in einer Krippe oder in Kindertagespflege. Es besteht also kein Anspruch auf einen Krippenplatz, sondern auf eine Betreuung in einer dieser beiden Betreuungsformen.

Die Universitätsstadt Marburg hat seit 2008 das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren erheblich ausgebaut. Zur Deckung des Rechtsanspruchs sind wir für 2013 von einer Versorgungsquote von 42%, bezogen auf die drei Jahrgänge 0 bis 3 Jahre, ausgegangen. Dies entspricht rd. 700 Plätzen, mit denen der aktuelle Bedarf gedeckt ist.

Diese Zielsetzung haben wir erreicht. Aktuell werden in Marburg 358 Plätze in Krippen - fast ausschließlich ganztags, d.h. mit einer Betreuungszeit von 9 oder 10 Stunden an fünf Tagen -, 65 Plätze in alterserweiterten Gruppen und rd. 300 Plätze bei Tagespflegepersonen vorgehalten. Langfristig muss von einem steigenden Bedarf ausgegangen werden, so dass zukünftig eine Versorgungsquote von rd. 50% zur Erfüllung des Rechtsanspruchs erforderlich sein wird. Deshalb werden bereits im laufenden Kindergartenjahr 2013/14 weitere 80 Krippenplätze geschaffen - allein 50 in der Krippe auf dem Vitos-Gelände.

Marburg erfüllt den Rechtsanspruch, dass jedem Kind unter 3 Jahren, für das ein Betreuungsplatz nachgefragt wird, auch ein angemessener, d.h. bedarfsgerechter und erreichbarer Platz angeboten werden kann. Klagen oder die Ankündigung von Klagen gab es bisher in Marburg nicht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass für jedes Kind der „Wunschplatz“ zur Verfügung steht: in einigen Fällen wird sicherlich auch auf andere als die präferierten Plätze zurückgegriffen werden müssen. So kann es z.B. passieren, dass Kinder, die für einen Krippenplatz angemeldet werden, auf einen Tagespflegeplatz verwiesen werden, wenn sie zum gewünschten Termin eine Betreuung beginnen wollen. Da fast alle Krippenplätze bei einer Vielzahl von unterschiedlichen freien Trägern angeboten werden - dies sichert ein differenziertes und den verschiedenen Bedarfen und Wünschen der Eltern entsprechendes Angebot - ist die Steuerung von Anmeldung und Platzvergabe nicht ganz einfach. Insbesondere sind Mehrfachanmeldungen nicht zu vermeiden, mit der Folge durch Doppelungen aufgeblähter und wenig aussagekräftiger Anmelde- und Wartelisten. Hier arbeitet der FD Kinderbetreuung gemeinsam mit den freien Trägern an einer besseren Abstimmung.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal
(Nr. 12/01.11.2013)
Vorlage: VO/2740/2013**

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob im Altenheim der Marburger Altenhilfe St. Jakob in der Sudetenstrasse 24 neue Bewohner aufgenommen werden.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Das Altenzentrum der Marburger Altenhilfe St. Jakob in der Sudetenstraße 24 hat in diesem Jahr die Anzahl der Plätze reduziert, so dass eine Etage im Haus frei ist. Zurzeit wird geprüft, ob diese Etage für studentisches Wohnen genutzt werden kann.

Laut Beschluss des Aufsichtsrats soll die Belegung im Altenzentrum weiter zurückgeführt werden. Jetzt ist dringend eine Entscheidung notwendig über die Sanierung und Nutzung des Hauses, damit der Verlust für das Altenzentrum in Grenzen gehalten wird.

Bis zu einer Entscheidung werden Anfragen weiterhin punktuell bedient.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo
(Nr. 13/01.11.2013)
Vorlage: VO/2741/2013**

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie viele anerkannte Asylberechtigte bzw. Politisch Verfolgte, wie viel abgelehnte Asylbewerber, die bereits zur Ausreise aus dem Bundesgebiet verpflichtet wurden aber noch hier sind, und wie viel Personen mit humanitärem Aufenthaltstitel derzeit in Marburg leben, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Altersgruppen (bis 20 Jahre, von 20 bis 40 Jahre, von 40 bis 60 Jahre, 60 Jahre und älter) ?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Angaben sind der beiliegenden Tabelle zu entnehmen.
(Anlage zu dieser Niederschrift).

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, und Dr. Perabo, B90/Die Grünen, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster
(Nr. 14/01.11.2013)
Vorlage: VO/2742/2013**

In Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt wurden wie in fast 80% der Kommunen des RP Darmstadt bis Mitte Oktober noch keine RRRs (Rentsch-Raser-Radarkontrollenwarnschilder) aufgestellt. Warum hat sich der Magistrat dieser verantwortungslosen Anordnung so eilfertig gebeugt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Magistrat hat sich dieser Anordnung nicht eifrig gebeugt. Die Schilder wurden durch Hessen Mobil aufgestellt, da Hessen Mobil für die B 3 zuständige Straßenverkehrsbehörde und auch zuständiger Baulastträger ist.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sawalies, FDP, und Suntheim-Pichler, BfM, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster
(Nr. 15/01.11.2013)
Vorlage: VO/2743/2013**

Der neue CO₂-Sparbrief der Stadtwerke war dank einer beispiellosen Werbekampagne dreifach überzeichnet, so dass viele Zeichner, darunter sicherlich viele Kleinsparer/Innen, die eine Alternative zur faktischen Teilenteignung durch Magersparzinsen z.B. auch bei der Sparkasse suchten, leer ausgingen. Wie teuer war diese Werbekampagne und denkt der Magistrat, dass sie zielführend war, wenn so viele Kunden (wie viele eigentlich?) frustriert wurden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der neue CO₂-Sparbrief der Stadtwerke war sicherlich wegen seiner ausgezeichneten Konditionen überzeichnet und weniger dank einer Werbekampagne, die auch nicht „beispiellos“ war, sondern dem Kampagnenmuster der vergangenen Jahre folgte - insbesondere der Kampagne zur Inhaberschuldverschreibung 2011 (1. CO₂-Sparbrief) -, jedoch deutlich weniger Aufwand verursacht hat.

In Absprache zwischen Sparkasse und Stadtwerken wurde im Übrigen das Volumen des Sparbriefs soweit aufgestockt, dass alle Kleinanleger, deren Zeichnungsinteresse unter 5.000,00 € lag, Berücksichtigung finden konnten.

Im Ergebnis war die Aktion CO₂-Sparbrief voll zielführend und wird sicherlich auch in den nächsten Jahren einer Wiederholung finden, um weitere Kundinnen und Kunden Gelegenheit zur Geldanlage und damit auch zur Mitfinanzierung der Energiewende vor Ort zu geben.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 16/01.11.2013)
Vorlage: VO/2744/2013**

Wie hat sich die Einwohnerzahl (Erstwohnsitz) in Marburg hinsichtlich der Zunahme von Studierenden im laufenden Jahr 2013 entwickelt und welche Schlüsse zieht der Magistrat daraus in Bezug auf die Anwerbung von neuen Bürgerinnen und Bürgern zur Anmeldung des Erstwohnsitzes in Marburg?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Das Melderecht erlaubt nicht die Speicherung von Berufen oder Ausbildungs- bzw. Studienverhältnissen.

Aus diesem Grund und aufgrund der Tatsache, dass die Anmeldung der Studierenden zu Beginn des Herbstsemesters noch in vollem Gange sind, kann derzeit keine Aussage zur Fragestellung gemacht werden.

Eine „Anwerbung“ von Erstwohnsitzen kann sich nur im Rahmen des gültigen Melderechtes bewegen. Dazu gibt es bereits seit 2004 die Aktion „@ home in Marburg“, mit der der Magistrat denjenigen, die erstmals als Studierende in Marburg ihre Erstwohnung anmelden, neben Gutscheinen auch 100 Euro schenkt, um damit u.a. die doppelte Haushaltsführung und die Entscheidung für Marburg als Erstwohnsitz zu honorieren.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi, B90/Die Grünen, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 17.30 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD, die Sitzungsleitung.

**zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner
(Nr. 17/01.11.2013)
Vorlage: VO/2745/2013**

Wie viel Verfügungsgelder stehen den einzelnen Ortsbeiräten aus 2013 noch zu bzw. sind nicht verausgabt worden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der aktuelle Stand der den einzelnen Ortsbeiräten übertragenen Mittel (Sachkonto 6179390 Sonstige Sachausgaben Ortsbeiräte) kann der folgenden Aufstellung entnommen werden.

Budget der Ortsbeiräte	
Stadtteil	Restbudget
	Stand 10.10.2013
Bauerbach	0,00 €
Bortshausen	0,00 €
Cappel	3.193,68 €
Cyriaxweimar	22,52 €
Dagobertshausen	844,33 €
Dilschhausen	0,00 €

Einhausen	210,45 €
Ginseldorf	0,00 €
Gisselberg	742,12 €
Haddamshausen	0,00 €
Hermershausen	0,00 €
Marbach	3.281,92 €
Michelbach	0,00 €
Moischt	0,00 €
Ockershausen	2.890,60 €
Richtsberg	-431,94 €
Ronhausen	0,00 €
Schröck	1.062,98 €
Wehrda	0,00 €
Wehrshausen	0,00 €
Gesamt	11.816,66 €

**zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wieland Stötzel
(Nr. 18/01.11.2013)
Vorlage: VO/2746/2013**

Wieso wurde der am 19.10.2013 in der Presse vorgestellte Busfahrplan 2014 nicht wie bisher üblich dem Umweltausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt (Vorjahr Vorlage VO/1680/2012)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Fahrplananpassungen zum 15.12.2013 sind bereits vorab mit den Ortsbeiräten in Marbach, Ockershausen und Richtsberg, sowie mit den Stadtteilgemeinden Afföller und Waldtal besprochen worden, da diese unmittelbar von Veränderungen betroffen sind. Außerdem wurde der Fahrplanausschuss des Fahrgastbeirates von den geplanten Fahrplananpassungen in Kenntnis gesetzt. Die Vorab-Information der Stadtteile und des Fahrgastbeirates ist ausdrücklich so erwünscht, um die Transparenz der Fahrplanerstellung zu erhöhen.

Da die Sitzungen der Ortsbeiräte öffentlich sind und i.d.R. die Presse anwesend ist, hat diese um ein Gespräch gebeten, um die Informationen rund um den Fahrplan 2014 zu bündeln und kompakt zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung wird wie geplant zur Novembersitzung über die Fahrplananpassungen in Kenntnis gesetzt.

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske
(Nr. 19/01.11.2013)
Vorlage: VO/2755/2013**

Seit 1998 verkauft die GeWoBau Wohnungen aus ihrem Bestand. Wie viele und welche Wohnungen wurden direkt an die bisherigen Mieter/innen verkauft, wie viele und welche an Mitarbeiter/innen der GeWoBau und wie viele und welche Wohnungen wurden an Dritte veräußert. Wie viele der verkauften Wohnungen werden durch die Eigentümer/innen selbst genutzt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die GeWoBau hat 63 Wohnungen verkauft. Allen Mieterinnen und Mietern wurden die Wohnungen zum Verkauf angeboten. 10 Mietparteien haben sich zum Kauf entschlossen. Je eine Wohnung wurde an 12 Mitarbeiter verkauft.

Ob die Wohnungen heute noch von den Eigentümern selbst genutzt wird, kann keine Auskunft gegeben werden, weil es sich um Mieteigentum handelt. Unabhängig vom Datenschutz ist die GeWoBau auch nur noch bei 3 Objekten der Verwalter.

Verkauf an MitarbeiterInnen und Mitarbeiter							
1998	1999	2001	2004	2008	2009	2010	2011
1	1	3	2	1	1	1	2

Verkauf an MieterInnen						
1998	2003	2008	2011	2012		
1	1	5	2	1		

Die GeWoBau vereinbart jeweils eine Verkaufssperre für die ersten 5 Jahre.

Sofern in dieser Zeit dennoch verkauft werden soll, so hat die GeWoBau ein Vorkaufsrecht.

**zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin
(Nr. 20/01.11.2013)
Vorlage: VO/2756/2013**

Welche Planungen bestehen seitens der Stadt bzw. der GEWOBAU für die weitere Verwendung der derzeit leerstehenden Wohnblocks Am Dachsbau?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Anfrage mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle.

Die GeWoBau beabsichtigt nunmehr das Gebäude Am Dachsbau 5 und 7 zu modernisieren. Dort sollen 12 Wohneinheiten in WG- Form, jeweils zwei Zimmer, Küche und Bad, entstehen. Derzeit werden die Kosten zusammengetragen und die Wirtschaftlichkeit berechnet. Vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates ist mit einem Baubeginn im Frühjahr des kommenden Jahres zu rechnen.

**zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 21/01.11.2013)
Vorlage: VO/2757/2013**

Wann wurden die derzeit untergebrachten Obdachlosen (siehe Sozialbericht) eingewiesen und welche Anstrengungen wurden bisher unternommen sie in ein Mietverhältnis zu vermitteln?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Anfrage mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle.

Die derzeit in den Obdachlosenunterkünften im Waldtal untergebrachten Personen wurden in den folgenden Jahren eingewiesen:

1993: 1	2003: 1	2011: 5
1997: 1	2007: 1	2012: 2
1998: 1	2008: 1	2013: 7
1999: 2	2009: 3	
2000: 1	2010: 1	

Die zuständigen Fachdienste 50 und 55 versuchen regelmäßig, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften, die untergebrachten Obdachlosen in reguläre Mietverhältnisse zu vermitteln.

Dies gilt gleichermaßen für die Fachberatung Wohnen des Diakonischen Werkes Oberhessen, die auch private VermieterInnen kontaktiert.

Abhängig von der jeweiligen Situation der Obdachlosen gestalteten sich diese Bemühungen in vielen Fällen als sehr schwierig. Bei vielen BewohnerInnen der Obdachlosenunterkünfte liegen Multiproblemlagen wie Suchterkrankungen, psychische Erkrankungen und Verschuldungsprobleme/Schufaerträge vor, die meist auch die Ursache für die Obdachlosigkeit infolge von Mietkündigungen und Wohnungsräumungen sind. Die Wohnungsbaugesellschaften lehnen daher in solchen Fällen den Abschluss von neuen Mietverträgen aus nachvollziehbaren Gründen ab. Die Situation wird zudem durch die aktuell angespannte Lage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt verschärft.

**zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber
(Nr. 22/01.11.2013)
Vorlage: VO/2758/2013**

Wie hoch sind die Gesamtkosten, die jeweils für den Betrieb der Buslinien 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 im Jahr 2012 angefallen sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Aufwand für den Betrieb der genannten Buslinien wird aus dem RMV-Testat für den Linienverkehr der Universitätsstadt Marburg berechnet. Anhand der gefahrenen Nutzwagenkilometer, multipliziert mit dem Kostensatz für den gefahrenen Nutzwagenkilometer von 4,23 €, ist in der anhängenden Tabelle der stat. Aufwand berechnet worden.

Stand:20.06.2013

Linie	Beschreibung	Nutzwagen- kilometer 2012	stat. Aufwand
1	Wehrda - Hbf. - Richtsberg	349.900,00	1.480.077,00 €
2	Hbf. - Cappel	199.200,00	842.616,00 €
3	Waldtal - Cappel	158.800,00	671.724,00 €
4	Wehrda - Richtsberg	312.600,00	1.322.298,00 €

5	Marbach - Ockershausen	253.100,00	1.070.613,00 €
6	Hbf.- Richtberg Fontanestraße	202.100,00	854.883,00 €
7	Innenstadt - Universitätsklinikum	563.200,00	2.382.336,00 €
8	Waldtal - Stadtwald	196.100,00	829.503,00 €

**zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber
(Nr. 23/01.11.2013)
Vorlage: VO/2759/2013**

Lässt sich sagen, welche Fahrscheineinnahmen für die Buslinien 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 im Jahr 2012 jeweils eingenommen wurden? Falls das nicht möglich sein sollte, könnten Sie uns bitte die Ergebnisse der letzten Fahrgastzählungen für die genannten Linien zukommen lassen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Eine Differenzierung und Zuordnung von Fahrgeldeinnahmen auf einzelne Omnibuslinien lässt sich nicht vornehmen, da in den Fahrzeugen Fahrscheine verkauft werden, die für den Verbundraum gültig sind und innerhalb der Stadt ein Übersteigen auf andere Linien ermöglichen. Die dem aktuellen Nahverkehrsplan der Universitätsstadt Marburg (Kap. 4.1.1 Beförderungsleistung nach Linien, Seite 57, Tabelle 31) zugrundeliegende Verkehrserhebung 2008 hat für die o.g. Linien die folgenden Ergebnisse erzielt:

Linie 1:	2.314,914 Einsteiger
Linie 2:	2.292.824 Einsteiger
Linie 3:	1.281.419 *) Einsteiger
Linie 4:	151.490 Einsteiger
Linie 5:	979.475 Einsteiger
Linie 6:	779.565 Einsteiger
Linie 7:	2.848.261 Einsteiger
Linie 8:	980.795 Einsteiger

*) Linie 3 wurde 2008 noch unter der Bezeichnung C geführt.

Damit ist die Fragestunde in der auf 30 Minuten abgekürzten Länge abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 24 bis 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Vor dem Eintritt in die weitere Tagesordnung schaltet der Bürgermeister den neuen Mängelmelder der Universitätsstadt Marburg im Internet frei. Damit kann Nutzer etwaige festgestellte Mängel online melden und die weitere Entwicklung der Sache verfolgen.

**zu 5 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2014
Vorlage: VO/2657/2013**

Bürgermeister Dr. Kahle bringt in Vertretung des erkrankten Kämmerers Oberbürgermeister Vaupel den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017 und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit ihren Anlagen und dem Stellenplan in die Stadtverordnetenversammlung ein. Die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters wird verteilt.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

gemäß § 97 Abs. 3 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 und § 101 Abs. 3 HGO über die hiermit vorgelegten folgenden Entwürfe zu beraten und zu beschließen:

- 1. Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Planungsjahre 2013 bis 2017**
- 2. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2014 mit ihren Anlagen**
- 3. Stellenplan 2014 der Universitätsstadt Marburg**
- 4. sowie den Entwurf des Finanzplanes 2013 bis 2017 gemäß § 101 Abs. 4 HGO zur Kenntnis zu nehmen.**

Der Stadtverordnete Pfalz, CDU-Fraktion, beantragt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, den Haushalt an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung zu überweisen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird wie vorgeschlagen verfahren.

Der Haushaltsvorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung überwiesen.

Anschließend unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung von 17.47 Uhr bis 17.58 Uhr, um die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters zu verteilen.

**zu 6 Besetzung des Schiedsamtes Marburg II (Kernstadt östlich/links der Lahn) - Wahl einer Schiedsperson
Vorlage: VO/2367/2013**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Schalauske, Fraktion Marburger Linke.

Die Vorlage wurde bereits am 27. September und auch in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten.

Für die Wahl der Schiedsperson wurde

Herr Hans-Joachim Schäfer, Lenaustraße 2 b, 35039 Marburg,

von der CDU-Fraktion zur **Wiederwahl** und

Frau Anja Volz, Am Glaskopf 17, 35039 Marburg,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen.

Andere Wahlvorschläge gingen nicht ein.

Die Wahlvorschläge wurden von den genannten Fraktionen auch im Ausschuss förmlich vorgeschlagen.

Zum Verfahren beantragte der Stadtverordnete Stötzel, CDU, die schriftliche und geheime Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln. Ferner meldet er am 27. September die Aussprache zu diesem TOP an. Auf die Aussprache wurde inzwischen jedoch verzichtet.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge schriftlich und geheim durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher bestellt zu Wahlhelfern die Stadtverordneten Dinnebier, Kissel und Nezi.

Anschließend wählen die Stadtverordneten mit vorbereiteten Stimmzetteln.

Nach Durchführung des schriftlichen und geheimen Wahlgangs gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt:

An der Wahl beteiligt haben sich 52 Stadtverordnete.

Gültige Stimmen: 52

Davon entfielen auf:

Hans-Joachim Schäfer 21 Ja-Stimmen

Anja Volz 31 Ja-Stimmen.

Damit ist die Bewerberin Anja Volz, Am Glaskopf 17, 35039 Marburg, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zur Schiedsperson für das Schiedsamt Marburg II (Kernstadt östlich/links der Lahn) gewählt worden.

**zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Marbach, Michelbach, Dagobertshausen)
Vorlage: VO/2694/2013**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Schalauske, Fraktion Marburger Linke.

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten.

Wie in der Vorlage genannt wird Herr Jürgen Damm, Brücker Weg 4, 35041 Marburg, für das zu besetzende Amt vorgeschlagen. Die Fraktionen übernehmen diesen Vorschlag.

Andere Wahlvorschläge werden nicht vorgeschlagen. Geheime Wahl wird nicht beantragt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl aufgrund des vorliegenden Wahlvorschlages offen durch Handzeichen durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Wahlvorschlag offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Jürgen Damm, wohnhaft Brücker Weg 4, 35041 Marburg, wird zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Marburg III (Marbach, Michelbach, Dagobertshausen) gewählt.

**zu 8 Besetzung des Ortsgerichts Marburg II (Cappel, Bortshausen, Ronhausen)
Vorlage: VO/2696/2013**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Schalauske, Fraktion Marburger Linke.

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten.

Wie in der Vorlage genannt wird Herr Ernst Baum, Fünfhausen 6, 35043 Marburg, für das zu besetzende Amt vorgeschlagen. Die Fraktionen übernehmen diesen Vorschlag.

Andere Wahlvorschläge werden nicht vorgeschlagen. Geheime Wahl wird nicht beantragt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl aufgrund des vorliegenden Wahlvorschlages offen durch Handzeichen durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Wahlvorschlag offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Ernst Baum, Fünfhausen 6, 35043 Marburg, wird zum Ortsgerichtsschöffen und gleichzeitig zum Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Marburg II (Cappel, Bortshausen und Ronhausen) gewählt.

- zu 9 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Bebauungsplan Nr. 2/5 „Campus Firmanei, Deutscher Sprachatlas“
- **Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
 - **Satzungsbeschluss**
 - **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans**
- Vorlage: VO/2683/2013**

Allen Stadtverordneten wurde die **Anlage 3** der Vorlage in vollständiger Fassung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Brunnet, CDU, Bauder-Wöhr, Marburger Linke und Flohrschütz, B90/Die Grünen. Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Anschließend spricht der Stadtverordnete Köster, Marburger Linke.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Magistratevorlage zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1) Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

a) Die unter den Nummern 1.1, 1.2, 1.3, 1.4 und 1.5 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden berücksichtigt.

b) Die unter den Nummern 2.1 und 2.2 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden teilweise berücksichtigt.

c) Die unter der Nummer 1.6 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden nicht berücksichtigt.

d) Die Grundzüge der Planung werden von den gegenüber der Entwurfsfassung vorgenommenen Planänderungen nicht berührt.

2) Der Bebauungsplan Nr. 2/5 „Campus Firmanei, Deutscher Sprachatlas“ einschließlich Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

3) Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 2/5 „Campus Firmanei, Deutscher Sprachatlas“ werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) und § 9 BauGB für diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

zu 11 **Marburger Ortsrecht
Neufassung der Satzung für den Denkmalbeirat
Vorlage: VO/2701/2013**

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss und auch im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Sitzung am 29. November 2013.

zu 12 **Dringlichkeitsanträge**

zu 12.1 **Antrag der Fraktion B90/Die Grünen, SPD, Piratenpartei und
Marburger Linken betr. Stabilisierung und Ausbau des Marburger
Universitätsklinikums
Vorlage: VO/2751/2013**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Fraktionen des Hessischen Landtags auf, sich im Zusammenhang der Regierungsbildung mit aller Kraft für die Stabilisierung und den Ausbau des Marburger Universitätsklinikums und des Fachbereichs Medizin einzusetzen, um die durch die Privatisierung des Universitätsklinikums verursachten Beschädigungen und

Verunsicherungen bei der Krankenversorgung und der medizinischen Forschung und Lehre nachhaltig zu beenden. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landtagsfraktionen auf, sich nicht auf unverbindliche Zusagen der Rest-Rhön-Klinikums AG einzulassen, sondern sicherzustellen dass

- 1. Rückkaufoptionen ernsthaft geprüft werden,**
 - 2. eine qualifizierte Beteiligung des Landes am UKGM stattfindet,**
 - 3. die Partikeltherapie in Marburg in Betrieb geht,**
 - 4. die notwendige Sanierung des 1. Bauabschnitts der Kliniken auf den Lahnbergen erfolgt,**
 - 5. und die schon mehrfach geforderte Einführung qualitativer und quantitativer gesetzlicher Personalmindeststandards in der kommenden Legislaturperiode des Hessischen Landtags stattfindet.**
-

zu 13 Anträge der Fraktionen

**zu 13.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marburger Geschichte digital
Vorlage: VO/2310/2013**

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt, da die Beratung im Schul- und Kulturausschuss noch nicht erfolgt ist.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag ebenfalls zurück.

**zu 13.2 Antrag der Piratenpartei betr. Sitzungen des Denkmalbeirats können zukünftig auch öffentlich stattfinden
Vorlage: VO/2327/2013**

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag ebenfalls zurück.

**zu 13.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einrichtung der Stelle eines Langsamverkehrsbeauftragten
Vorlage: VO/2452/2013**

Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden bis zur nächsten Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

**zu 13.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Fahrpreiserhöhung im ÖPNV
Vorlage: VO/2456/2013**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Ergänzend zu dem Antrag der Marburger Linke schlugen die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss einen anderen Antragstext vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung hält die vom RMV angekündigte Fahrpreiserhöhung für Einzelfahrten in der ersten Preisstufe (von 1,80 € auf 2,10 €) ab Dezember für besonders hoch.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend mit dem RMV zu verhandeln, den Anstieg abzumildern, und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Ferner soll in diesen Verhandlungen versucht werden, im Tarifgefüge des RMV zusätzlich einen preisgünstigen ‚Kurzstreckentarif‘ einzuführen “

Dieser Änderung stimmt für die antragstellende Fraktion die Stadtverordnete Bauder-Wöhr zu.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem geänderten Antragstext. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, Volz, B90/Die Grünen, Stötzel, CDU und Dehmel, SPD. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken und Piratenpartei sowie Nein-Stimmen der CDU, FDP, MBL und BfM folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung hält die vom RMV angekündigte Fahrpreiserhöhung für Einzelfahrten in der ersten Preisstufe (von 1,80 € auf 2,10 €) ab Dezember für besonders hoch.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend mit dem RMV zu verhandeln, den Anstieg abzumildern, und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Ferner soll in diesen Verhandlungen versucht werden, im Tarifgefüge des RMV zusätzlich einen preisgünstigen ‚Kurzstreckentarif‘ einzuführen

**zu 13.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht über den Sachstand zum Kriegsdenkmal in Bortshausen
Vorlage: VO/2508/2013**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SPD-Fraktion.

Der Schul- und Kulturausschuss hat die Vorlage am 22. August beraten und empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dem Antrag mit Aussprache.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Schalauske, Marburger Linke und Göttling, B90/Die Grünen. Ferner spricht der Bürgermeister. Er trägt den Bericht des Magistrats zu diesem Antrag vor, so wie im Haupt- und Finanzausschuss vereinbart.

Nach dem Bericht schlägt der Stadtverordnetenvorsteher vor, den Antrag für erledigt zu erklären. Die Antragsteller sind damit einverstanden.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

zu 13.6 Antrag der Piratenpartei betr. Fahrscheinloser ÖPNV

Vorlage: VO/2569/2013

Die Piratenpartei stellt den Antrag zurück bis zur Sitzung am 29. November.

**zu 13.7 Antrag der Piratenpartei betr. Pilotprojekt kostenloses WLAN in Marburger Bussen
Vorlage: VO/2649/2013**

Die Piratenpartei stellt den Antrag zurück bis zum 29. November.

**zu 13.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lärmschutz unterer Richtsberg
Vorlage: VO/2659/2013**

Die Fraktion Marburger Linke stellt den Antrag zurück bis zum 29. November.

**zu 13.9 Antrag der ‚Bürger für Marburg‘ betreffend Einrichtung eines Runden Tisches „Parkraum-Marketing“
Vorlage: VO/2664/2013**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden.

**Die Bürger für Marburg stellen den Antrag dennoch zurück bis zur Sitzung im Januar 2014.
Die Vorlage soll noch im Bau- und Planungsausschuss beraten werden.**

**zu 13.10 Antrag der BfM betr. Oberstadt
Vorlage: VO/2693/2013**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag zurückgestellt, da die BfM nicht anwesend war.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Suntheim-Pichler, BfM, Sollwedel, B90/Die Grünen, Schartner, FDP, Schalauske, Marburger Linke, Rink, SPD, und Jannasch, CDU. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Anschließend spricht erneut die Stadtverordnete Suntheim-Pichler.

Während der Aussprache hat von 20.17 Uhr bis 20.35 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk, SPD, die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD und B90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei einer Enthaltung aus der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 13.14 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Streichung der Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht und Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit
Vorlage: VO/2708/2013**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass der Ausländerbeirat und die Piratenpartei diesem Antrag beigetreten sind. Eine Aussprache zu der Vorlage wurde im Ältestenrat gewünscht.

Zur Vorlage sprechen der Stadtverordnete Seitz, Fraktion B90/Die Grünen und der Stadtverordnete Pfalz, CDU-Fraktion.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit stellt der Stadtverordnete Göttling, B90/Die Grünen, den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen, um in der nächsten Sitzung die Debatte führen zu können.

Gegen diesen Antrag wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis zur Sitzung am 29. November.

**zu 10 Marburger Ortsrecht
Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der
Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2652/2013**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde hinsichtlich des Satzungstextes noch eine redaktionelle Änderung bekanntgegeben, die auch allen Stadtverordneten auf die Tische gelegt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage des Magistrats.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die beigefügte Neufassung der Satzung für die Freiwillige
Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg (Feuerwehrsatzung)
wird beschlossen.**

**zu 13.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD-Fraktion
betr. Errichtung eines Buswartehäuschens an der Haltestelle
Südbahnhof-West
Vorlage: VO/2703/2013**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten die Stadtwerke Marburg mit der die

Errichtung eines Buswartehäuschens an der Bushaltestelle „Südbahnhof-West“ in der Straße „Am Krekel“ zu beauftragen. Außerdem sollen an der Bushaltestelle „Südbahnhof“ Hinweisschilder zur Haltestelle „Südbahnhof-West“ aufgestellt werden.

**zu 13.12 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Zugang zum Südbahnhof für Menschen mit Rollstühlen Richtung Frankfurt
Vorlage: VO/2704/2013**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage in folgender **ergänzter Fassung**:

*Der Magistrat wird gebeten die Deutsche Bahn AG und den RMV aufzufordern, dass auch für den Südbahnhofbahnsteig in Richtung Frankfurt der Zugang für Menschen mit Rollstühlen aber auch mit Fahrrädern und Kinderwagen, **wie beispielsweise** über eine Rampe, möglich wird, wie dies bei allen anderen Abgängen der Fußgängerbrücke über Bahn und Autobahn bereits der Fall ist.*

Die Vorlage ist auch im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage in der ergänzten Fassung.

Außerdem sollen der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat hiervon Kenntnis erhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten die Deutsche Bahn AG und den RMV aufzufordern, dass auch für den Südbahnhofbahnsteig in Richtung Frankfurt der Zugang für Menschen mit Rollstühlen aber auch mit Fahrrädern und Kinderwagen, wie beispielsweise über eine Rampe möglich wird, wie dies bei allen anderen Abgängen der Fußgängerbrücke über Bahn und Autobahn bereits der Fall ist.

**zu 13.13 Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Fahrradabstellplätze Oberstadtaufzug
Vorlage: VO/2705/2013**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu der wie folgt geänderten Beschlussformulierung:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie zusätzliche Stellplätze für Fahrräder und Abhilfe beim chaotischen Fahrradparken am Oberstadtaufzug geschaffen werden können.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss hat sich der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses angeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie zusätzliche Stellplätze für Fahrräder und Abhilfe beim chaotischen Fahrradparken am Oberstadtaufzug geschaffen werden können.

**zu 13.15 Antrag der Piratenpartei betr. KITA Fassadenanstrich anlässlich des 40-jährigen Jubiläums
Vorlage: VO/2709/2013**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden **geänderten Beschluss** zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wann die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten der Außenfassaden der Kindertagesstätte Eisenacher Weg veranlasst werden und ob dabei eine Graffiti-Lösung in Frage kommt.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, wann die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten der Außenfassaden der Kindertagesstätte Eisenacher Weg veranlasst werden und ob dabei eine Graffiti-Lösung in Frage kommt.

zu 14 Kennntnisnahmen

**zu 14.1 Infos zur Entwicklung der Baugenehmigungen für Wohnungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Marburg gem. den aktualisierten Zahlen vom Hessischen Statistischen Landesamt
Vorlage: VO/2660/2013**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss am 24. Oktober zur Kenntnis genommen worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 14.2 Mitteilung des ZMW - Verbindungsleitung von Wohratal und Stadtallendorf nach Südhessen
Vorlage: VO/2702/2013**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss am 22. Oktober zur Kenntnis genommen worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) vom 03.09.2013 zu dem Bau der Wasserverbindungsleitung von den Trinkwassergewinnungsgebieten Wohratal und Stadtallendorf nach Südhessen zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **21.34 Uhr**.

Löwer

Stadtverordnetenvorsteher

Rink

Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel

Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner

Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

- Dringlichkeitsanträge
- Tabelle zur Kleinen Anfrage Nr. 13
- Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen.



Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD, Piratenpartei und Marburger Linken	Vorlagen - Nr.: VO/2751/2013	TOP
	Status: öffentlich	12.1
Datum: 31.10.2013		
Eingang: 31.10.2013		
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen, SPD, Piratenpartei und Marburger Linken betr. Stabilisierung und Ausbau des Marburger Universitätsklinikums

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Fraktionen des Hessischen Landtags auf, sich im Zusammenhang der Regierungsbildung mit aller Kraft für die Stabilisierung und den Ausbau des Marburger Universitätsklinikums und des Fachbereichs Medizin einzusetzen, um die durch die Privatisierung des Universitätsklinikums verursachten Beschädigungen und Verunsicherungen bei der Krankenversorgung und der medizinischen Forschung und Lehre nachhaltig zu beenden. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landtagsfraktionen auf, sich nicht auf unverbindliche Zusagen der Rest-Rhön-Klinikums AG einzulassen, sondern sicherzustellen dass

1. Rückkaufoptionen ernsthaft geprüft werden,
2. eine qualifizierte Beteiligung des Landes am UKGM stattfindet,
3. die Partikeltherapie in Marburg in Betrieb geht,
4. die notwendige Sanierung des 1. Bauabschnitts der Kliniken auf den Lahnbergen erfolgt,
5. und die schon mehrfach geforderte Einführung qualitativer und quantitativer gesetzlicher Personalmindeststandards in der kommenden Legislaturperiode des Hessischen Landtags stattfindet.

Begründung:

Es wird von Niemandem mehr ernsthaft bezweifelt, dass die Privatisierung der Universitätskliniken Marburg und Gießen ein dramatischer Fehler war. Keines der weiteren Privatisierungsvorhaben in Deutschland ist nach diesen Erfahrungen umgesetzt worden.

Wenn eine Rücknahme der Privatisierung nicht möglich sein sollte, muss es wenigstens darum gehen, eine Schadensbegrenzung vorzunehmen, die nicht zu Lasten eines der beiden Standorte gehen darf. Die Neubildung der Landesregierung ist eine Chance für einen Neuanfang in der Landespolitik und dafür, den für die ganze Region begangenen Fehler der alten Landesregierung wenigstens zu begrenzen. Und das bedeutet zum einen, die Mitsprachemöglichkeiten des Landes hinsichtlich der öffentlichen Aufgaben Krankenversorgung, Forschung und Lehre deutlich zu stärken. Zum anderen muss dies heißen, dass die Stabilisierung und der Ausbau beider Universitätskliniken inkl. der erforderlichen Sanierung des 1.

Bauabschnitts auf den Lahnbergen und der beim Verkauf dem Marburger Klinikum zugesagte konzeptionelle Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Krebstherapie stattfinden. Die Partikeltherapie darf auch nicht daran scheitern, weil die damit verbundene Konventionalstrafe manchen als eine günstige Gelegenheit für die Auffüllung des Landeshaushalts erscheint. Für die Stadt Marburg geht es bei diesen Fragen auch darum, welchen Rückhalt die Region durch die Landespolitik erhält angesichts der durch frühere Landespolitik verursachten Probleme.

Dr. Christa Perabo
Henning Köster

Steffen Rink

Dr. Michael Weber



Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: VO/2752/2013	TOP
	Status: öffentlich	
Datum: 31.10.2013		
Eingang: 31.10.2013		
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

**Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.
Völlige Überlastung des ÖPNV**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

- 1.) **Aktuell und detailliert zu berichten, welche Auswirkungen die mit Semesterbeginn erheblich gestiegene EinwohnerInnenzahl auf die Auslastung bzw. Überlastung des Stadtverkehrs hat.**
- 2.) **Unverzüglich durch die Bereitstellung von genügend Einsatzwagen in den Hauptstoßzeiten für Entlastung zu sorgen.**

Begründung :

Bericht einer berufstätigen älteren MarburgerIn von Mittwoch, den 30/10/13:

9.45 Uhr Haltestelle Elisabethkirche Richtung Innenstadt -
Linie 4 kommt völlig überfüllt an – Zustieg nur durch Reliquetschen möglich.
Aggressive Stimmung im Bus.

Eine Haltestelle weiter steigt dennoch ein erheblich gehbehinderter älterer Mann zu
und versucht vergeblich zu einem Sitzplatz zu gelangen.

Rückfahrt 18.00 Uhr Ahrens Richtung Hauptbahnhof: Linie 4 kommt erneut total
überfüllt an – an jeder Haltestelle schließt wegen Überfüllung mehrfach die 2.Tür
nicht – erhebliche Verspätungen.

Den Stadtwerken und dem Magistrat dürften eine Fülle weiterer Beispiele bekannt
sein. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Halise Adsan Tanja Bauder-Wöhr Henning Köster Jan Schalauske

Zu Nr. 13

	Alterspanne in Jahren										Summe		Gesamt
	0 - 20		21 - 40		41 - 60		über 60		m	w			
	m	w	m	w	m	w	m	w					
Asylberechtigte (mit befristetem Aufenthaltserrecht)	3	0	3	1	2	1	1	1	1	9	3	12	
Politisch Verfolgte (mit befristetem Aufenthaltserrecht)	9	5	10	6	1	1	1	1	3	21	15	36	
Daueraufenthalts (nach Asylberechtigung / Politischer Verfolgung)	5	9	15	5	15	13	10	6	45	33	78		
Sonstiger befristeter humanitärer Aufenthaltstitel	24	22	30	21	19	28	14	16	87	87	174		
Jüdische Emigranten aus der ehem. Sowjetunion (Daueraufenthalts)	20	10	27	32	43	61	58	73	148	176	324		
Jüdische Emigranten aus der ehem. Sowjetunion (befristeter Aufenthalt)	4	0	1	1	0	0	1	1	6	2	8		
Daueraufenthalts (ZUVOR soziale humane Gründe)	4	5	21	18	13	12	6	3	44	40	84		
Asylbewerber (noch nicht abgeschlossenes Asylverfahren)	12	10	12	12	1	1	0	0	25	23	48		
Deiungsinhaber (vollziehbar Ausreisepflichtige)	1	3	7	3	3	0	1	0	12	6	18		
	82	64	126	99	97	118	82	103	397	385	782		

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 7. November 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 08

Herrn
Stadtverordneten
Matthias Simon
Anne-Frank-Straße 8

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 01.11.2013
hier: Frage Nr. 24

Ist geplant, dass bei der Einführung der Tempo-30 Regelung in Ockershäuser alle Nebenstraßen der Hermannstraße, Ockershäuser Allee und Ockershäuser Straße, unabhängig von der Einsehbarkeit oder verkehrlichen Bedeutung, vorfahrtberechtigt werden?

Sehr geehrter Herr Simon,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nach den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind in Tempo 30-Zonen grundsätzlich keine vorfahrsregelnden Verkehrszeichen anzuordnen. Dadurch soll erreicht werden, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit auch eingehalten wird, da an jeder Kreuzung der Vorrang der von rechts kommende Verkehrsteilnehmer zu beachten ist. Um für die Verkehrsteilnehmer eine Kontinuität und Verlässlichkeit bei den Verkehrsregelungen zu gewährleisten, sind die Rechts vor Links-Regelungen an allen Kreuzungen in den Tempo 30-Zonen vorgesehen, selbst an Straßen, die von dem öffentlichen Personennahverkehr befahren wird. Wo die Verkehrssicherheit es wegen der Gestaltung der Kreuzung oder Einmündung oder die Belange des Buslinienverkehrs es erfordern, kann nach der Verwaltungsvorschrift zur StVO ausnahmsweise eine von der Grundregel abweichende Vorfahrtregelung angeordnet werden.

Um eine Einheitlichkeit zu erreichen, ist auch für die Hermannstraße, die Ockershäuser Allee und die Ockershäuser Straße wie in allen Tempo 30-Zonen in Marburg, die in der StVO geforderte grundsätzliche Vorfahrtregelung vorgesehen. Sollten sich an einzelnen Kreuzungen Verkehrsgefährdungen ergeben, wird jeweils individuell geprüft, ob eine Veränderung der Beschilderung oder eine bauliche Umgestaltung aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franz Kehle
Bürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

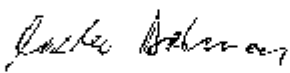
Marburg, 7. November 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Dietmar Göttling
Strossemannstraße 40

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 01.11.2013
hier: Frage Nr. 25

In der Tageszeitung HNA vom 14.10.2013 war zu lesen, dass sehr viele Kommunen, der Anordnung von FDP Verkehrsminister Rentsch zur Aufstellung von Radarwarntafeln nicht gefolgt sind. Warum hat sich die Stadt Marburg dieser Weigerung nicht angeschlossen?

Sehr geehrter Herr Göttling, 

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Schilder wurden durch Hessen Mobil aufgestellt, da Hessen Mobil für die B 3 zuständige Straßenverkehrsbehörde und auch zuständiger Baustraßenträger ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 7. November 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Dietmar Göttling
Stresemannstraße 40

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 01.11.2013
hier: Frage Nr. 26

Trifft es zu, dass die Sparkasse Marburg-Biedenkopf Besserverdienenden oder Vermögenden Sondervergünstigungen bei der Führung von Giro-Konten oder sonstigen Konten einräumt?

Sehr geehrter Herr Göttling,



die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Anfrage wurde zuständigkeitshalber an die Sparkasse Marburg-Biedenkopf weitergeleitet, die dazu Folgendes ausführt:

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf unterscheidet bei den Konditionen ihrer Produkte grundsätzlich nicht nach Kundensegmenten. Sie bietet ihre Leistungen den Menschen in ihrem Geschäftsgebiet unabhängig von Einkommen oder Vermögen zu gleichen Bedingungen an. Die Sparkasse steht allerdings als Kreditinstitut im Wettbewerb mit einer Reihe von Filial- und Internetbanken. Die hohe Vergleichbarkeit der Produkte sorgt für eine große Markttransparenz, so dass unsere Kunden oft mit Vergleichsangeboten anderer Institute auf uns zu kommen. Diese Wettbewerbssituation müssen wir in Einzelfällen bei der Konditionenfindung berücksichtigen. Maßgeblich ist dabei aufgrund unserer Geschäftsstrategie stets die Wirtschaftlichkeit des einzelnen Geschäftes und der gesamten Kundenverbindung. Dies gilt für alle Kundensegmente.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 7. November 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Tanja Bauder-Wöhr
Amselstraße 11
35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 01.11.2013
hier: Frage Nr. 27

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, welches Raum- und Aufenthaltsangebot für Jugendliche und junge Heranwachsende am Richtsberg besteht und wieviele dieser jungen Menschen am Richtsberg aktuell leben in diesem Wohnquartier?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr, *Tanja*,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Ja, der Magistrat kann Auskunft erteilen, da insbesondere über die Förderung der Jugend- und Gemeinwesenarbeit und des Programms Soziale Stadt am Richtsberg viele Aktivitäten stattgefunden haben und die Universitätsstadt Marburg hier aktiv beteiligt war.

Am Richtsberg leben im Alter von 14 bis unter 18 Jahren insgesamt 347 junge Menschen. Hiervon sind 18%, also 63 Personen, nicht deutscher Herkunft und 26 %, also 89 Menschen, verfügen über eine doppelte Staatsangehörigkeit.

Junge Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren leben insgesamt 428 Personen am Richtsberg. 22 % (oder 93 Personen) von ihnen haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und 21 % (also 90 Personen) verfügen über die doppelte Staatsbürgerschaft.

Organisierte Räume für Jugendliche und junge Heranwachsende

- a. Die Bürgerinitiative für Soziale Fragen als Gemeinwesenverein (BSF) betreibt den Jugendraum am Damaschkeweg und in Kooperation mit der ev. Kirche das auJamobil als Kleinbus zur mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit. In Zusammenarbeit mit der Richtsberg - Gesamtschule nutzt die BSF mehrere Räume in der Schule für ihre Jugendarbeit sowie im Rahmen des sozialpädagogischen Handelns an Schule.
- b. Der Christus-Treff betreibt Räume für Jugendliche und Heranwachsende im Netzwerk Richtsberg und in dem ehemaligen Cafe Anis.
- c. Die interkulturellen Vereine Hadara e.V und Doiz e.V. halten Angebote für Heranwachsende sowie Räume im Netzwerk Richtsberg bereit. Insbesondere Hadara e.V. konnte durch den Erwerb eines Gebäudeteils am Richtsberg neue Aufenthaltsräume für Jugendliche und Heranwachsende schaffen.
- d. Im Bereich Musik bietet Herr Rudolph Machmudov Einzel- und Gruppenunterricht u.a. für Jugendliche an. Außerdem leitet er eine Band am Richtsberg. Voraussichtlich wird er im Verlauf des Jahres 2014 einen Raum im Netzwerk Richtsberg für den Musikunterricht nutzen können.

Sportflächen und Sportvereine für Jugendliche und Heranwachsende

- a. Nach Beendigung des Schulsportangebotes ab 17 Uhr wird die Halle der Richtsberg - Gesamtschule für die Sportvereine geöffnet. In den Wintermonaten trainieren dort die Kindermannschaften unterschiedlicher Fußballvereine. Außerdem nutzt auch die BSF die Räume für unterschiedliche Bewegungsangebote.
- b. Am Richtsberg sind zahlreiche Sportvereine aktiv und unterhalten Räume: TTV Richtsberg und Box Club (sind beide ausgezeichnet als Vereine „Integration durch Sport), Sambo, Fußballverein BSF (insbesondere für ältere Jugendliche).
- c. Folgende Bolzplätze befinden sich im Stadtteil: Erfurter Straße, Beltershäuserstraße, Berliner Straße und das DFB Kleinspielfeld an der RGS, welches sehr intensiv von den Jugendlichen genutzt wird. In der Friedrich-Ebert-Straße befindet sich der Fitness-Parcours Richtsberg, im Freigelände neben der BSF.
- d. Jugendliche nutzen ebenfalls die Freiflächen in der Umgebung der BSF und der RGS (u.a für Bewegung und Sport).

Betreuung und Begleitung der Jugendlichen durch die Gemeinwesenarbeit

Der Gemeinwesenverein BSF e.V. hält für den Jugendbereich derzeit 220 Wochenstunden bereit. In der Zeit enthalten sind neben Angeboten für Jugendliche wie Freizeiten, Jugendclub, Bewegungs- und Freizeitangebote, geschlechtsspezifische Arbeit, sozialpädagogisches Handeln an Schule, Einzelfallgespräche etc. ebenso Konzeptentwicklung, Gremienarbeit, Elternarbeit, Fachlicher Austausch, Kooperationen, Teamarbeit, Fortbildungen und Supervisionen, Berichtswesen und Öffentlichkeitsarbeit.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

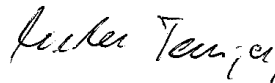
Marburg, 7. November 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

**Frau
Stadtverordnete
Tanja Bauder-Wöhr
Amseistraße 11
35043 M A R B U R G**

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 01.11.2013
hier: Frage Nr. 28

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, über die gegenwärtigen Planungen der Wohnbebauung auf dem Vitos Gelände, wer ist der Investor, warum kam die GWH und GeWoBau nicht als Bauherr in Frage? Wie kann es sein, dass zuerst der Gestaltungsbeirat über selbige Planungen unterrichtet wird?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,



die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für das Vitos-Gelände hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragt, im Bereich Cappeler Straße/Friedrich-Ebert-Straße für Flächen, die Vitos für den Klinikbetrieb nicht benötigt, ein Bauleitplanverfahren zur Schaffung von Wohnungsbau durchzuführen.

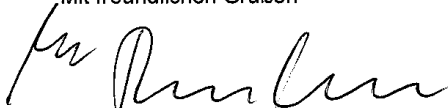
Erste Entwurfsüberlegungen haben von Anfang an auch die Eignung von gefördertem Wohnungsbau zum Inhalt gehabt. In diesem Zusammenhang kommen auch die in der Anfrage benannten Wohnungsbaugesellschaften als Bauherr in Frage. Diese Gesellschaften sind darüber hinaus bei allen Planungsprozessen, die zur Erstellung des Strukturkonzeptes ZSP (Zentrum für Soziale Psychiatrie) geführt haben, beteiligt gewesen. Bis heute gibt es seitens dieser Gesellschaften allerdings nur „vage“ Interessenbekundungen mit dem Vorbehalt der finanziellen Realisierbarkeit.

Insofern gibt es bis heute keinen Investor. Das Grundstück ist nach wie vor im Besitz von Vitos.

Mit dem Gestaltungsbeirat sind bisher lediglich städtebauliche Konzeptstudien, die im Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden sollen, diskutiert worden. Eine Beteiligung des Gestaltungsbeirates ist unerlässlich, wenn dieser die Gremien der Stadt in städtebaulichen Fragen beraten soll.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franz Kahle
Bürgermeister